

Unser Land, unsere Heimat.



Energie für Bayern.

Günstig, sicher und technologieoffen.

Das ganzheitliche, wissenschaftlich fundierte und zukunftsorientierte energiepolitische Konzept der AfD-Fraktion des Bayerischen Landtags für die Bereiche Strom, Wärme und Mobilität

Zielsetzung

Das Ziel einer zukunftsfähigen „blauen“ Energiepolitik für Bayern ist es, das **energiepolitische Dreieck** wiederherzustellen. Für uns als AfD-Fraktion des Bayerischen Landtags bedeutet das:

1. Die *Versorgungssicherheit* der Energieversorgung zu gewährleisten.
2. Die Energiekosten für Haushalte und Industrie in den Bereichen Strom, Wärme und Mobilität deutlich und spürbar zu senken und sie wieder auf eine *wirtschaftliche Basis* zu stellen.
3. Die *Umweltfreundlichkeit* und *Technologieoffenheit* der Energiewirtschaft zu gewährleisten und sämtliche Alleingänge bei der CO₂-Bepreisung rückgängig zu machen.

Durch die politisch erzwungene und rein ideologisch begründete „Energiewende“ ist das energiepolitische Dreieck in Bayern aus dem Gleichgewicht geraten.

AfD-Maßnahmenpaket für Bayern kurz zusammengefasst

Mit ihrem energiepolitischen Konzept will die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag die Versorgungssicherheit der Energieversorgung in Bayern wiederherstellen und Bayern im Bereich der Stromerzeugung langfristig autonom machen, Energiekosten für heimische Haushalte, Mittelstand und Industrie deutlich und spürbar senken, sowie echte Umweltfreundlichkeit gewährleisten. Um dieses alternative energiepolitische Ziel zu erreichen, hat die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag ein positives, wissenschaftlich fundiertes und zukunftsorientiertes Maßnahmenpaket für die Bereiche Strom, Wärme und Mobilität bis zum Jahr 2033 ausgearbeitet:

- **Sicherstellung eines Blackout-Krisenplans für Bayern**
- **Abschaffung der nationalen CO₂-Bepreisung**
- **Senkung der Stromsteuer auf das EU-Minimum**
- **Absenkung der Umsatzsteuer auf Energieträger auf das EU-Minimum**
- **Befreiung der Strompreise für private Haushalte von der Umsatzsteuer**
- **Absenkung der Energiesteuer auf das EU-Minimum**
- **Erhöhung der Pendlerpauschale auf 40 Cent pro Kilometer**
- **Reform der EEG-Vergütung und Vorrang einspeisung in Abhängigkeit von der Grundlastfähigkeit und Regulierbarkeit der Stromversorgung**
- **Befürwortung der Inbetriebnahme von Nord Stream II**
- **Beschleunigter Ausbau und Inbetriebnahme von Gas-, GuD- und KWK-Kraftwerken**
- **Maßnahmen zum Ausbau von Wasserkraft und Geothermie**
- **Prüfung möglicher Weiter- und Wiederinbetriebnahme der bayerischen Kernkraftwerke, sowie Investitionen in Forschung und Entwicklung**
- **Förderung der Ausbildung, Forschung und Entwicklung im Bereich der Kernenergie, Kernfusion, Energie-Großspeicher, modernen Verbrennungsmotoren und synthetischen Kraftstoffe**
- **Bis 2033 in Bayern Neubau von Kernkraftwerken moderner Bauarten, die Abfallprodukte wiederverwerten und einen „Super-GAU“ unmöglich machen**
- **Beibehaltung der 10 H-Regelung und Bürgerbeteiligung bei der Planung**
- **Klärung des Sachstands für die geplanten Hochspannungsleitungen SuedLink und SuedOstLink**

Ausgangslage und Probleme

Versorgungssicherheit (Strom)

Der Umstieg von gesicherter und regelbarer Leistung (Kernkraft im Jahr 2022 mit 2,7 GW Grundlast und Kohle spätestens im Jahr 2038 mit 0,8 GW) hin zu wetterabhängiger und volatiler Erzeugung (Solar- und Windenergie) wird in Bayern zu einer erheblichen **Stromerzeugungslücke** in Höhe von rund 27 TWh (4,5 GW Spitzenleistung) im Jahr 2025, bzw. von 31 TWh im Jahr 2030 führen. In der Wintersaison wird die Unterdeckung bis zu 80 Prozent betragen. Den Befürwortern der Energiewende scheint es gleichgültig zu sein, dass diese Stromlücke mithilfe von französischen Atomstrom- sowie polnischen Kohlestrom-Importen gedeckt werden muss.

Allein durch die geplante **Elektrifizierung** wird der Strombedarf in Bayern bis 2040 um 8 bis 10 Prozent oder sogar darüber steigern, abhängig vom zukünftigen Anteil an E-Autos und elektrischen Wärmepumpen.

Ziel des Bayerischen Energieprogramms ist es, dass die Photovoltaik im Jahr 2025 einen Beitrag von bis zu 25 Prozent der bayerischen Bruttostromerzeugung leistet. Zusätzlich soll Windenergie 6 Prozent der Bruttostromerzeugung Bayerns abdecken. **Sonne und Wind sind jedoch volatile und damit unzuverlässige Energiequellen.** Selbst bei einem massiven Ausbau dieser Anlagen wird es eine signifikante Stromlücke in Bayern geben, wenn die Sonne nicht scheint und/oder der Wind nicht weht: nachts, im Winter, bei Dunkelflauten etc. Bereits jetzt ist dieses technisch ungelöste Problem deutlich spürbar. So macht Photovoltaik zwar 43 Prozent der installierten Leistung, aber gleichzeitig – wegen der volatilen Erzeugung und trotz der Vorrang einspeisung – nur 16 Prozent der Stromproduktion in Bayern aus. In deutlichem Kontrast dazu liefert die verlässliche Kernenergie nur 10 Prozent der installierten Leistung, jedoch ein Drittel des erzeugten Stromes.

Als **Netzreserve** zur Überbrückung der Stromlücke ist der Bau diverser **Gaskraftwerke** geplant. Jedoch wird aufgrund mangelnder Rentabilität und aufwendiger Genehmigungsverfahren von mehreren Gaskraftwerken mit einer geplanten Gesamtleistung von 2,4 GW voraussichtlich nur eines mit einer Leistung von 0,3 GW auch rechtzeitig gebaut. Somit fehlt Bayern ab 2023 insgesamt 2,73 GW gesicherter Leistung.

Energiespeicher werden zunehmend als Lösung für das Volatilitätsproblem gesehen. In Wirklichkeit sind die Möglichkeiten zur Stromspeicherung jedoch aus technologischen sowie ökonomischen Gründen mittelfristig stark begrenzt, und nur über weitere massive staatliche Eingriffe in Teilen umsetzbar. So beträgt das physische Potenzial der Pumpspeicherung, welche als die effektivste Speichermethode angesehen wird, für ganz Westeuropa maximal nur 2,3 TWh – bei einem Speicherbedarf allein in Bayern von 27 TWh (4,5 GW) im Jahr 2025. Momentan ist in Bayern ein einziger neuer Pumpspeicher mit einer Leistung von 0,3 GW in Planung.

Da die gescheiterte Energiewende zu einer erheblichen Stromlücke in Bayern führen wird und Energiespeicher die erhofften Kapazitäten nicht erbringen werden können, setzen die Regierungsparteien ihre Hoffnungen auf den Bau und die Umsetzung der zwei **Hochspannungsleitungen (SuedLink und SuedOstLink)** mit einer maximalen Leistung von 4 GW, um Strom aus den norddeutschen Windparks auch im Süden bereitzustellen. Betroffene Haushalte und Gemeinden haben zurecht erhebliche Vorbehalte gegenüber diesen Planungen, wobei mit einer Inbetriebnahme dieser Linien ohnehin nicht vor 2027/28 zu rechnen ist. Dies ist deutlich zu spät, um die prognostizierte Stromlücke in Bayern ab 2023/2025 auszugleichen.

Somit stellt die Energiewende eine erhebliche Herausforderung für die Netzsicherheit und die Gewährleistung der Netzfrequenz von 50 Hertz dar. Bis 2025 und darüber hinaus besteht folglich die akute Gefahr eines längeren **Stromausfalls (Blackouts)**, welcher bayernweit je nach Länge völlig unkalkulierbare wirtschaftliche Kosten verursachen kann - ganz abgesehen von dem humanitären Schaden. Um einen Stromausfall dennoch zu vermeiden, wird von Seiten der „Energiewende-Befürworter“ gerne vom sogenannten „demand side management“ des Strommarktes gesprochen - also von geplanten **Zwangssab-schaltungen (Brownout)** von Haushalten und Industriezweigen. Eine derartige Entwicklung wird dem Anspruch eines modernen Industriestandorts jedoch nicht gerecht.

Wirtschaftlichkeit (Strom)

Allein aufgrund der Energiewende haben sich die Stromkosten in Bayern in den letzten 20 Jahren verdoppelt und verdreifacht: für Haushalte von 14 ct/KWh auf 31,4 ct/KW, für die Industrie von 6 auf 18,6 ct/KW. Mittlerweile gehört Deutschland zu den Ländern mit den **höchsten Strompreisen weltweit**.

Dieser immense Anstieg der Strompreise hat zwei Hauptgründe:

Erstens machen **Steuern und Abgaben** über die Hälfte des Strompreises für Industriekunden aus; 36,4 Prozent entfallen allein auf die **EEG-Umlage**. Die Steuerlast der Stromkosten für Haushalte beträgt sogar 53 Prozent, das EEG hat hier einen Anteil von 21,5 Prozent, die Mehrwertsteuer von weiteren 16 Prozent. Die neu eingeführte **CO₂-Steuer** erhöht den Preis für Strom aus Erdgas für industrielle Zwecke um 1,5 Prozent und für Haushalte um 2,7 Prozent. Bis 2025 wird diese Steuerbelastung auf 3,5 bzw. 6 Prozent weiter steigen.

Zweitens sind aufgrund der Zunahme des Anteils von Solar- und Windenergie im Strommix und der damit verbundenen Volatilität der Einspeisung in den letzten 10 Jahren die deutschlandweiten Kosten für **Netzstabilisierungsmaßnahmen** um den Faktor 40 gestiegen – von 23 Mio. Euro pro Jahr auf fast eine Milliarde Euro. Die Verbraucher kommen über die Netzentgelte für diesen massiven Kostenanstieg auf. Ohne Inbetriebnahme der Sued- und SuedOstLink-Leitungen werden die Strompreise in Süddeutschland um weitere 6 Prozent steigen. Im Zuge der Energiewende werden die Grenzkosten für die Stromerzeugung in Bayern bis 2040 um mehr als ein Viertel zunehmen. Ohne **massive Subventionen** werden die Grenz- und Investitionskosten zu jedem Zeitpunkt höher sein als die Erträge. Der geplante Ausbau der PV-Anlagen, der notwendig wäre, um theoretisch die äußerst ambitionierten Klimaziele zu erreichen, wird in Bayern bis 2040 mindestens 25 Mrd. Euro an Kapitalausgaben erfordern. Bis 2040 wird der geplante Ausbau von PV und Windenergie im Strommix den Strompreis für bayerische Verbraucher um weitere 50 Prozent erhöhen.

Umweltfreundlichkeit (Strom)

Da die deutsche Energiewende mit dem Klimaschutzargument begründet wird, erscheint es angezeigt, die Plausibilität dieses Arguments inhaltlich zu prüfen.

Zunächst muss zwischen **Klima- und Umweltschutz unterschieden** werden. Während die Auswirkungen von Umweltverschmutzungen wie Ölaustritt, Strahlungsleckagen und saurem Regen direkt gemessen und damit gezielt verhindert werden können (und sollen), ist der Zusammenhang zwischen höheren CO₂-Emissionen und potenziellen negativen Auswirkungen des Klimawandels für Bayern unbedeutend.

Selbst wenn man den CO₂-Ausstoß wegen möglicher Auswirkungen auf das Klima reduzieren wollte, ist das Vorgehen der Regierung im Rahmen der deutschen Energiewende kontraproduktiv - denn je weniger fossile Energieträger wie Kohle, Öl und Gas Deutschland und die EU verbrauchen, desto billiger werden diese auf dem Weltmarkt für andere Länder, was nur dazu führt, dass sie andernorts in noch größeren Mengen verbrannt werden. Dieses sogenannte „**Grüne Paradoxon**“ wird von den Befürwortern der Energiewende bislang völlig ignoriert.

Darüber hinaus zwingt die Verteuerung der Stromkosten aufgrund der CO₂-Bepreisung und des EEG die bayerische Industrie dazu, ihre Produktionsstätten in Länder ohne derartige Abgaben zu verlagern, was **Bayern deindustrialisieren**, die globalen CO₂-Emissionen jedoch nicht verringern, sondern sogar noch erhöhen wird (sog. „Carbon Leakage“).

Während die Regierung am Ausstieg aus der sicheren Kernkraft festhält (die weltweit unter allen Energieträgern die wenigsten Todesfälle verursacht), werden die **Umwelt- und Klimaprobleme der Solar- und Windenergie** unter den Teppich gekehrt, darunter z.B. Waldrodungen für Windparks, Vogelschlag durch Windkraftanlagen oder die Tatsache, dass PV-Parks die Umgebungstemperaturen durchschnittlich um 3 bis 4 Grad erhöhen.

Wärme

Nach Berechnungen des BMBF wird die „grüne“ **Zwang-Modernisierung der Heizungsanlagen** Investitionen in Höhe von mindestens 200 Euro je Quadratmeter Wohnfläche erfordern. Allein im Jahr 2021 wurden für „klimafreundliche Sanierungen“ laut BMWi 6,1 Milliarden Euro vom Staat (Steuerzahler) überwiesen.

In den letzten drei Jahren hat die Staatsregierung pro Jahr durchschnittlich über 20 Mio. Euro für das **bayerische 10.000-Häuser-Programm** ausgegeben, um den Ausbau von energieeffizienten Heiz-/Speichersystemen auf Basis von Strom und erneuerbarer Energien zu subventionieren. Im Jahr 2022 will die Staatsregierung die Ausgaben für die Förderung von Maßnahmen im Energiebereich auf rund 116 Mio. Euro steigern (insb. für 10.000-Häuser-Programm mit dem Photovoltaik-Speicher-Programmteil).

In den vergangenen 20 Jahren sind die **Ausgaben eines durchschnittlichen Privathaushalts für Wärme** in Deutschland um fast 40 Prozent gestiegen – von 684 Euro im Jahr 2000 auf 954 Euro im Jahr 2019. Allein von September bis Dezember 2021 sind die Gas-Heizkosten im Vergleich zum Vorjahr in Deutschland um weitere 24 Prozent gestiegen, bei Ölheizungen haben sie sich sogar verdoppelt (96 Prozent). Die Steuer- und Abgabenbelastung bei Erdgas liegt für bayerische Haushalte bei rund 33 Prozent.

Die **Kosten für Wohnen, Strom und Heizung** stellen mit durchschnittlich 923 Euro die größte monatliche Ausgabenposition privater Haushalte in Deutschland dar. Im Jahr 2020 machten sie 37 Prozent der Monatsausgaben aus. Im Jahr 2018 betrugen diese Kosten noch 908 Euro bzw. 33,6 Prozent der monatlichen Gesamtausgaben.

Mobilität

Im Jahr 2020 machte der Verkehrssektor 29,2 Prozent des bayerischen Endenergieverbrauchs aus. Die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung planen die **Umstellung des Verkehrssektors auf E-Mobilität**, u.a. mit einer Quote von 15 Mio. vollelektrischen Pkw bis 2030. Dies entspräche einer Verdreißigfachung des derzeitigen Bestands von rund 0,5 Mio. BEV, die im Oktober 2021 auf deutschen Straßen unterwegs waren.

Um dies zu erreichen, wäre erstens ein **massiver Ausbau der Ladeinfrastruktur** von 1 Mio. Ladestationen bis 2030 notwendig. Laut einer umfassenden Studie des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln sind hierfür jährliche Investitionen in Höhe von 4 Mrd. Euro (48 Euro pro Kopf) erforderlich, die wiederum zum größten Teil aus öffentlicher Hand finanziert werden müssen. Von 2014 bis 2018 hat die Bayerische Staatsregierung über 6 Mio. Euro für das Förderprogramm „Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Bayern“ ausgegeben. Von 2018 bis 2020 wurden weitere 12 Mio. Euro für das Förderprogramm „Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge“ in Bayern ausgegeben.

Die Elektrifizierung des Verkehrssektors wird den bundesweiten Strombedarf bis 2030 um rund 10 Prozent (plus 43 TWh) erhöhen.

Zweitens ist **ein Bonus-Malus-Policy-Mix** vorgesehen, einschließlich der bereits diskutierten CO₂-Abgabe, Kaufprämie für E-Autos, Erhöhung des CO₂-Anteils in der KfZ-Steuer und Lkw-Maut, Beschränkung der Steuerbefreiung der Dienstwagenbesteuerung auf BEVs, Null-Emissions-Zonen in Großstädten sowie eine Aufhebung des Dieselprivilegs bis hin zu Zulassungsverboten für Autos mit Verbrennungsmotor noch vor 2035. Zusammengekommen kostet dieser Policy-Mix die deutsche Wirtschaft jährlich 0,3 Prozent des BIP (10,5 Mrd. Euro), was einer Mehrbelastung von 127 Euro für jeden Bürger gleichkommt. Laut Prognos AG steigt damit bis 2030 der **Preis für einen Liter Benzin** auf 1,9 bis 2,5 Euro und **für Diesel** auf 2 bis 2,6 Euro.

Das ifo Institut schätzt, dass die Umstellung auf E-Mobilität in der deutschen Automobilindustrie bis 2030 zu einem Nettoarbeitsplatzverlust von über 385.000 Beschäftigten führen wird. Bis 2025 wird die **Umstellung vom Verbrennungsmotor auf die Batterieproduktion** allein bei den **bayerischen Automobilzulieferern rund 55.000 Arbeitsplätze kosten**.

Maßnahmen und Lösungsansätze

Um das energiepolitische Dreieck wieder ins Gleichgewicht zu bringen, bedarf es eines **alternativen energiepolitischen Ansatzes, der wissenschaftlich fundiert, realistisch und zukunftsorientiert** ist.

Unsere vorgeschlagenen Maßnahmen sind Teil einer Gesamtagenda für Bayern, die **kurz-, mittel- und langfristig** in den Bereichen Strom, Wärme und Mobilität umgesetzt werden sollte. Auch, wenn die verschiedenen Maßnahmen zu unterschiedlichen Zeitpunkten ihre Wirkung entfalten werden, muss ihre Umsetzung natürlich so schnell wie möglich erfolgen.

Kurzfristig (Strom, bis 2023)

Angesichts der fortgeschrittenen Energiewende ist die Gewährleistung der Stromversorgungssicherheit von unmittelbarer Bedeutung, denn zumindest bis 2025 droht aufgrund der Unterdeckung bei der gesicherten Leistung die Gefahr eines länger anhaltenden Stromausfalls. Die Regierung muss diesen um jeden Preis vermeiden, gleichzeitig muss sie sich auch auf einen solchen Fall vorbereiten.

Es müssen daher in einem ersten Schritt ein detaillierter und flexibler **Blackout-Krisenplan** erstellt und entsprechende Vorsichtsmaßnahmen ergriffen werden, einschließlich der Bevorratung von Notstromaggregaten und Dieselkraftstoff (für nur einen Tag würde Bayern mindestens 3 Mio. Liter benötigen), Vorbereitungsübungen in jeder Gemeinde sowie der Eignungsprüfung **von Wasserkraft- und Geothermiekraftwerken** für den **Inselbetrieb**.

Oberste Priorität haben für die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag die Gewährleistung der Versorgungssicherheit bis hin zur langfristigen Autonomie bei der Stromerzeugung, sowie bezahlbare Energiepreise, also zwei Aspekte des energiepolitischen Dreiecks, das durch die Energiewende stark ins Wanken geraten ist. Flankierend dazu ist selbstverständlich auch der Umweltschutz zu gewährleisten, wobei Deutschland hier bereits die höchstens Standards weltweit erfüllt.

Die AfD setzt daher auf einen **breiten Energiemix** aus erneuerbaren und fossilen Energieträgern inkl. Kernkraft, sowie auf einen Politikansatz, der auf **Innovation und Technologieoffenheit** setzt.

Obwohl der Kernenergieausstieg rückgängig gemacht werden müsste, muss ehrlicherweise festgestellt werden, dass die Abschaltung der Kraftwerke aus vertraglichen, technischen und sicherheitstechnischen Gründen derzeit praktisch kaum mehr verhindert werden kann. Aktuell wäre lediglich zu prüfen, ob das **Kernkraftwerk Isar 2** nach 2022 kurzfristig weiterbetrieben werden kann, technisch wären hierfür genügend Brennelemente vorhanden. Dies würde kurzfristig eine Leistung von 1,4 GW garantieren.

Darüber hinaus muss die Staatsregierung den Bau und die Inbetriebnahme der notwendigen **Gaskraftwerke beschleunigen**, indem sie die Genehmigungsverfahren erleichtert und bessere Finanzierungsbedingungen bietet – sei es durch staatliche Förderung oder durch eine Reform des EEG. Als ein weiteres Instrument wollen wir die **Anwendung der parlamentarischen Legalplanung** prüfen. Die Staatsregierung muss dafür sorgen, dass bis 2023 neue Gaskraftwerke, Gas-und-Dampf-Kombikraftwerke und KWK-Kraftwerke mit einer zusätzlichen Gesamtkapazität von mindestens 2,7 GW installiert und betriebsbereit sein werden. Außerdem wollen wir Vorschriften durchsetzen, dass **die bayerischen Gasspeicher immer ausreichend gefüllt** sind, um auch in der kalten Jahreszeit ausreichend Gas liefern zu können.

Als flankierende Maßnahme muss die Bundesregierung die Inbetriebnahme von **Nord Stream II** sicherstellen, wodurch Europa jährlich mit rund 590 TWh Erdgas versorgt würde.

Eines der großen inhärenten Probleme der deutschen Energiewende-Politik besteht darin, dass sie den Ausbau erneuerbarer Energien unabhängig von deren mangelnder Grundlastfähigkeit fördert. Aus diesem Grund ist eine **Reform des EEG** erforderlich, durch die die **Vergütung von der Grundlastfähigkeit der Stromerzeugung abhängig** gemacht werden muss. Ein plausibler Ansatz ist das Konzept der **Kombikraftwerkvergütung (KKV)**. Hierbei ist es wichtig, Gaskraftwerke und Kernenergie in den Vergütungsmechanismus miteinzubeziehen, was, u.a., auch im Rahmen der EU-Taxonomie geboten ist.

Eine solche EEG-Reform wäre ein Kompromiss, der weiterhin finanzielle Anreize für erneuerbare Energien setzen, dabei aber gleichzeitig die **Grundlaststabilität erhöhen** und die **EEG-Umlage senken** würde, da viele volatile, rein solar- und windbasierte Stromerzeugungsverfahren ihren Förderanspruch verlieren würden.

Diese vorgeschlagene Reform des EEG wird uns bei unserer Aufgabe helfen, die Kapazitäten der **stabilen und erneuerbaren Energieerzeugung aus Wasserkraft und Geothermie zu erhöhen**. Dafür wollen wir auch den bürokratischen Aufwand beim Bau von Kleinwasserkraftwerken und der Geothermie-Erkundung abbauen.

An der **10-H-Regelung mit Bürgerbeteiligung** ist festzuhalten.

Als kurzfristige Maßnahme zum Ausgleich der Inflation fordern wir die **Herabsenkung der Stromsteuer und Energiesteuer auf das EU-Minimum**, was die bayerische Wirtschaft und jeden Bürger erheblich entlasten würde. Insgesamt sollte die Steuerbelastung der Strompreise in Deutschland, die bereits die höchste innerhalb der EU ist, mindestens um 45 Prozent für Industriekunden sowie um 40 Prozent für Haushalte gesenkt werden. Dies entspräche dem Durchschnitt innerhalb der Europäischen Union.

Zusätzlich fordern wir einen **Steuerfreibetrag auf den Stromverbrauch** für private Haushalte, wie es in den Niederlanden praktiziert wird.

Da nationale und europaweite Alleingänge bei der CO₂-Bepreisung auch klimapolitisch kontraproduktiv sind, muss die nationale **CO₂-Steuer vollständig abgeschafft** werden. Diese Maßnahme würde die bayerische Wirtschaft um ca. 2,8 Mrd. Euro und jeden Bürger um ca. 213 Euro im Jahr entlasten.

Ein weiterer Kompromissansatz wäre, die CO₂-Bepreisung in Deutschland auf das EU-Minimum zu senken. Damit könnte beispielsweise der aktuelle implizite CO₂-Preis für Erdgas um den Faktor 6 reduziert werden. Unabhängig davon sollte es inländischen Energiekonzernen ermöglicht werden, ihre potenziellen CO₂-Einsparungen bei konzerneigenen, aber im Ausland befindlichen Gas- und Kohlekraftwerken der deutschen CO₂-Bepreisung anzurechnen.

Mittelfristig (Strom, bis 2028)

Da die **Hochspannungsleitungen SuedLink und SuedOstLink** von den Anwohner und betroffenen Gemeinden stark kritisiert wird und für die Deckung der Energielücke in Bayern ohnehin zu spät kommt, müssen Alternativen, wie ein beschleunigter Ausbau von Gas-, GUD, und KWK-Kraftwerken, systematisch umgesetzt werden.

Mittelfristig muss angestrebt werden, die bayerische **Kraftwerkskapazität mit Gaskraftwerken bzw. Gas-und-Dampfkraftwerken (GuD) sowie Kraft-Wärme-Kopplungskraftwerken (KWK)** auf 3,5 bis 4 GW zu **erhöhen**, damit diese jährlich mindestens 25 bis 30 TWh erzeugen können.

Flankierend sollte der zunehmende Einsatz von Energiespeichermethoden regulatorisch unterstützt werden. Im Rahmen der Grundlastsicherung könnte dieser sogar durch die oben vorgeschlagene Reform des EEG gefördert werden, die den KKV-Mechanismus sowie die **Befreiung von Speicherstrom von der EEG-Abgabe** umfasst.

Aufgrund der hohen Kosten sowie der physikalischen und technologischen Beschränkungen sollte der Ausbau der Energiespeicherkapazitäten jedoch schrittweise und marktgerecht erfolgen, und nicht durch weitere staatliche Eingriffe erzwungen werden. Die Regierung sollte sich auf die **Förderung der Forschung an kostengünstigeren Speichertechnologien und deren Entwicklung** konzentrieren.

Langfristig (Strom, bis 2033)

In den nächsten zehn Jahren müssen Deutschland und Bayern **zur sicheren, kostengünstigen und umweltfreundlichen Stromerzeugungsmethode der Kernkraft zurückkehren**. In den USA und vielen europäischen Ländern ist Kernenergie ein elementarer Bestandteil der Klimaschutzagenda. Kernenergie ist in Deutschland erwiesenermaßen eine verlässliche Art der Stromerzeugung.

Im Rahmen dieses langfristigen Ziels ist es notwendig, die strategischen Weichen so früh wie möglich zu setzen, wobei in erster Linie die **Ausbildung der notwendigen Fachkräfte** sicherzustellen sowie ausreichend Mittel für die **Erforschung und Entwicklung der Kern- und Fusionsenergie** an bayerischen Hochschulen bereitzustellen sind.

Bis 2033 soll die **Inbetriebnahme von neuesten Kernkraftwerkstypen**, wie es sie in China, Russland und den USA bereits gibt, vorbereitet und den relevanten Akteuren entsprechend kommuniziert werden. Bereits jetzt muss der Bau von experimentellen **Kernreaktoren der 4. Generation**, sowie von **Kleinmodular-Reaktoren**, in Bayern zu Forschungszwecken gefördert werden. Langfristig sollen Reaktoren der neuesten Bauart zur **Wiederverwendung aufgebrauchter Brennstäbe** in Betrieb genommen werden. Damit wäre auch das Entsorgungsproblem der kerntechnischen Abfälle weitgehend gelöst.

Sobald die Bereitstellung einer sicheren Grundlastenerzeugung in Bayern wieder gewährleistet ist, sollte das **EEG schrittweise vollständig abgeschafft** werden. Alle vertraglichen Verbindlichkeiten sind dabei zu respektieren.

Wärme

Um die bayerischen Haushalte vor „Greenflation“ und explodierenden Heizkosten durch die Energiewende zu schützen, sind sofortige Gegenmaßnahmen erforderlich. Der **hohe Anteil an Steuern, Umlagen und Abgaben an den Wärmekosten** ermöglicht eine **sofortige Entlastung der Energiepreise**, weil hierfür lediglich eine Anpassung durch den Gesetzgeber erfolgen muss.

In diesem Zusammenhang kommt den politischen Maßnahmen der polnischen Regierung eine Vorbildfunktion zu. Im Rahmen ihres **„Inflationsschutzprogramms“** haben unsere polnischen Nachbarn noch im November 2021 die Mehrwertsteuer auf Erdgas gesenkt, die Kraftstoffsteuer auf 0 herabgesetzt und die Mehrwertsteuer auf Benzin und Diesel abgeschafft.

Um die Heizkosten für Haushalte spürbar zu senken, fordern wir:

- die **sofortige Abschaffung der CO₂-Abgabe**;
- die **sofortige Absenkung der Energiesteuersätze auf den EU-Minimalsatz**;
- die **sofortige Absenkung des Umsatzsteuersatzes auf Energieträger auf 7 Prozent**.

Die Abschaffung der CO₂-Abgabe würde die deutschen Haushalte und Unternehmen jährlich um 20,8 Milliarden Euro entlasten, was jeden Bürger um 251 Euro entlasten würde. Eine Halbierung der Energiesteuer würde die Wirtschaft um ca. 20 Milliarden Euro jährlich bzw. 244 Euro pro Person und Jahr entlasten.

Die geringeren Staatseinnahmen aus den vorgeschlagenen Steuersenkungen müssen durch **Kürzungen der Staatsausgaben und Subventionen in den Bereichen Dekarbonisierung und Energiewende** kompensiert werden. Dadurch könnten jährlich mindestens 129,7 Mrd. Euro eingespart werden, also 1.563 Euro pro Kopf. Laut ifo-Institut summieren sich diese systemischen Mehrkosten der Energiewende bis zum Jahr 2050 je nach Szenario auf 500 und 3.000 Milliarden Euro.

Die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag unterstützt die **staatlich geförderte Sanierung von Altbauten und Heizsystem**. Staatliche Vorgaben zu Sanierungsmaßnahmen lehnen wir hingegen ab.

Mobilität

Die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag sieht **E-Mobilität und Wasserstoff** als potenzielle Wachstumsmärkte für die bayerische Automobilindustrie. Wir sprechen uns jedoch für Technologieoffenheit und Marktwirtschaft aus, und lehnen daher einseitige staatliche Beihilfen zur Durchsetzung bestimmter Technologien ab.

Die AfD unterstützt damit einen **technologieoffenen Mix von Mobilitätslösungen** auf Basis von Wettbewerb und Innovation. **Wir wollen den Verbrennungsmotor und die mit ihm verbundenen** Arbeitsplätze und Wertschöpfungsketten erhalten.

Um die unsozialen Auswirkungen der staatlichen CO₂-Bepreisung, die zu steigenden Kraftstoffpreisen geführt hat, abzufedern, fordern wir eine **Erhöhung der Entfernungspauschale (Pendlerpauschale)** auf 0,4 Euro ab dem ersten Kilometer. Dies würde auch dazu beitragen, die Attraktivität des ländlichen Raums zu erhalten.

Zusätzlich fordern **wir die Gleichstellung synthetischer Kraftstoffe** zu anderen alternativen Antriebsarten. Mit einer Verlagerung hin zu synthetischen Kraftstoffen kann nicht nur **die innovative und wettbewerbsfähige bayerische Wertschöpfungsstruktur in der Automobil-, Luftfahrt- und Schifffahrtsindustrie auf Basis des Verbrennungsmotors** sichergestellt und gesteigert, sondern auch die bestehende **konventionelle Infrastruktur aus Tankstellen, Speichern und Pipelines** erhalten und ohne zusätzliche Kosten verwendet werden.

Nach ersten Wirtschaftlichkeitsrechnungen könnte möglicherweise CO₂-neutraler synthetischer Kraftstoff nach dem bayerischen TCR-Verfahren zu 75 Cent pro Liter (vor Steuern) hergestellt werden. Eine weitere Kostensenkung durch das sog. Upscaling der Technologien wäre absehbar möglich. Auch könnten synthetische Kraftstoffe Benzin und Diesel beigemischt werden. Damit kann -im Vergleich zur E-Mobilität- bereits heute der CO₂-Ausstoß gesenkt werden.

Nach Prognosen des IW Köln könnte der weltweite Bedarf an synthetischen Kraftstoffen bis 2050 gut 20.000 TWh erreichen – das entspricht der Hälfte des heutigen Weltrohölmarktes. Im Gegensatz zur E-Batterie, **hat Bayern immer noch die Chance zum internationalen Weltmarktführer bei der Herstellung und Vermarktung von Umwandlungsanlagen zur Erzeugung von synthetischen Kraftstoffen** werden. Durch eine gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung in diesem Bereich können jährlich rund

30 Milliarden Euro Wertschöpfung und insgesamt fast 400.000 neue Arbeitsplätze im deutschen Maschinen- und Anlagenbau entstehen.

Je nach Maßnahmenmix werden im Jahr 2030 zwischen 50 und 70 Prozent der Fahrzeugflotte weiterhin mit Verbrennungsmotoren ausgestattet sein. Die weltweite Nachfrage nach Verbrennungsmotoren wird bis 2025 voraussichtlich immer noch um jährlich 4,9 Prozent steigen, insbesondere in den Schwellenländern. Es spricht also viel dafür, die bayerischen Wertschöpfungsketten rund um den Verbrennungsmotor zu erhalten.

Der richtige Ansatz, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Automobilindustrie zu unterstützen und im Inland neue Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Innovationen zu erhalten, ist die **Rückkehr zum traditionellen Erfolgsmodell der sozialen Marktwirtschaft – einer horizontalen Industrie- und Standortpolitik.**

Um den Attraktivitätsverlust des letzten Jahrzehnts zu kompensieren, muss die Staatsregierung zu einer horizontalen Standortpolitik zurückkehren, die folgende Maßnahmen umfassen sollte:

- Reduzierung der Steuerbelastung;
- Reduzierung der Stromkosten;
- Abbau von Bürokratie;
- Abbau von Subventionen;
- Bereitstellung einer besseren (digitalen) Infrastruktur;
- Technologie-Offenheit;
- Erhöhung der Investitionen in Forschung und Entwicklung;
- Abbau von Hindernissen für den Außenhandel.

Quellen und Literatur

AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag (2021). Kernenergie – Na klar! URL: <https://afd-fraktion-sachsen.de/eegegenschlag/>

AGEB (2021). Stromerzeugung nach Energieträgern 1990 – 2020. URL: <https://www.ag-energiebilanzen.de/>

Agentur für Erneuerbare Energien (2018). Anteil Erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch. URL: <https://bit.ly/2ViyLHr>

Barron-Gafford G.A. et al. (2016). The Photovoltaic Heat Island Effect: Larger solar power plants increase local temperatures. Scientific Reports. URL: <https://www.nature.com/articles/srep35070>

Baustädter B. (2020). Wasserstoff – der Stromspeicher der Zukunft? TU Graz. URL: <https://www.tugraz.at/tu-graz/services/news-stories/planet-research/einzelansicht/article/wasserstoff-der-stromspeicher-der-zukunft/>

Bayerischer Landtag (2021). Ausgestaltung einer sicheren Stromversorgung im Fall eines Blackouts. Drucksache 18/12913.

Bayerischer Landtag (2021). Netzverstärkungsbedarf und Netzausbau in Bayern. Drucksache 18/15825.

Bayerischer Landtag (2021). Stand der geplanten Erdgaskraftwerke, GuD-Kombikraftwerke und KWK-Anlagen in Bayern. Drucksache Nr. 18/16598.

Bayerischer Landtag (2021). Vorräte von nuklearen Brennelementen bzw. Brennstäben in Bayern. Drucksache Nr. 18/15764.

BDEW (2021). Installierte Leistung und Erzeugung 2020. Gesamte Elektrizitätswirtschaft. URL: <https://www.bdew.de/service/daten-und-grafiken/installierte-leistung-und-erzeugung/>

BDEW; Statistisches Bundesamt; AGEB; BMWi; Statistik der Kohlenwirtschaft; ZSW (2021). Bruttostromverbrauch in Deutschland in den Jahren 1990 bis 2020. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/256942/umfrage/bruttostromverbrauch-in-deutschland/>

BIHK (2020). *IHK-Energiewende-Barometer 2020. Auswertung für Bayern.* URL: <https://www.ihk-muenchen.de/ihk/documents/International/Energiewende-Barometer 2020 WEB L3.pdf>

BMWi (2020). *Ausgaben eines Privathaushaltes für Wärme* in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2020.* URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/166439/umfrage/ausgaben-der-haushalte-fuer-raumwaerme-und-warmwasser-seit-1990/>

BMWi (2021). *Zeitreihen zur Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland.* URL: <https://www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Downloads/zeitreihen-zur-entwicklung-der-erneuerbaren-energien-in-deutschland-1990-2020.pdf?blob=publicationFile&v=31>

EuPD-Forschung (2020). *Energiewende im Kontext des Ausstiegs aus Atomkraft und fossilen Brennstoffen. Strommarktperspektiven bis 2040.* URL: <https://www.thesmartere.de/media/doc/5fd2419b4eb76a1610040472>

European Commission (2016). *Variable speed Pumped Storage Hydro Plants offer a new era of smarter energy management.* URL: <https://cordis.europa.eu/article/id/119319-variable-speed-pumped-storage-hydro-plants-offer-a-new-era-of-smarter-energy-management>

Faltlhauser M. (2020). *Zahlen und Fakten zur Stromversorgung in Deutschland. Wirtschaftsbeirat Bayern.* URL: https://www.wbu.de/media/news/positionen/publikationen/2020_ZahlenundFaktenzurStromversorgunginD2020.pdf

Fell H.J., Traber T. (2020). *Eckpunkte für eine Gesetzesinitiative zur Systemintegration Erneuerbarer Energien. Sektorenkopplungs- und Innovationsgesetz für Erneuerbare Energien (SIG-EE). EWG.* URL: http://energywatchgroup.org/wp-content/uploads/EWG_Eckpunkte-fuer-eine-Gesetzesinitiative-zur-Systemintegration-Erneuerbarer-Energien.pdf

Fischer A., Kube R. (2020). *20 Jahre EEG: Investitionsmotor und Kostentreiber.* IW Köln. URL: <https://www.iwkoeln.de/studien/andreas-fischer-roland-kube-investitionsmotor-und-kostentreiber-487362.html>

Fischer A., Kube R. (2020). *Bisherige Ausbauziele reichen nicht aus.* IW Köln. URL: <https://www.iwkoeln.de/studien/andreas-fischer-roland-kube-bisherige-ausbauziele-reichen-nicht-aus-492733.html>

Gawlick J. et al. (2020). *Szenarien für die Bayerische Stromversorgung bis 2040.* ifo Institut, TUM, IHK Oberbayern und München.

URL: <https://www.ifo.de/de/publikationen/2020/monograph-authorship/szenarien-fur-die-bayerische-stromversorgung-bis-2040>

Heise (2021). EU-Stromnetz: Umspannanlage in Kroatien verursachte beinahe Blackout.

URL: <https://www.heise.de/news/EU-Stromnetz-Umspannanlage-in-Kroatien-verursachte-beinahe-Blackout-5037378.html>

Hennig F. (2021). German energy transition: tackling the energy storage problem. MIWI Institute. URL: <https://miwi-institut.de/archives/1046>

Hülsmann J.G. (2020). Toward a Political Economy of Climate Change. MISES Institute. URL: <https://mises.org/wire/toward-political-economy-climate-change>

ifo Institut (2021). Wie fair ist die Energiewende? Verteilungswirkungen in der deutschen Energie- und Klimapolitik. URL: <https://www.ifo.de/publikationen/2021/aufsatz-zeitschrift/wie-fair-ist-die-energiewende-verteilungswirkungen-der>

IPCC Working Group III (2014). Climate Change 2014: Mitigation of Climate Change.

Ismer R. et al. (2019). Sozialverträglicher CO₂-Preis: Vorschlag für einen Pro-Kopf-Bonus durch Krankenversicherungen. DIW.

URL: https://www.diw.de/de/diw_01.c.673222.de/publikationen/diw_aktuell/2019_0021/sozialvertraeglicher_co2-preis_vorschlag_fuer_einen_pro-kopf-bonus_durch_krankenversicherungen.html

Knappek E. (2020). Advantages and disadvantages of geothermal energy in Germany and Bavaria. MIWI Institute. URL: <https://miwi-institut.de/archives/1128>

Koch M. et al. (2020). Betrachtungen zum Klimaschutz und zur Versorgungssicherheit der Bayerischen Stromversorgung im Jahr 2035. Öko-Institut. URL: <https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/Klimaschutz-und-Versorgungssicherheit-der-Bayerischen-Stromversorgung-2035.pdf>

Kofner Y. (2020). On US threats over Nord Stream 2: American liquefied gas will cost Germany a lot more money and CO₂ emissions. MIWI Institute. URL: <https://miwi-institut.de/archives/192>

Kofner Y. (2021). German energy transition: benefits of hydrogen production in nuclear power plants. MIWI Institute. URL: <https://miwi-institut.de/archives/1080>

Kofner Y. (2021). *Synthetic fuels and the ETS: the correct way to save the German automotive industry*. MIWI Institute. URL: <https://miwi-institut.de/archives/991>

Kube R., Schaefer T. (2020). *Entwicklung der Stromkosten im internationalen Vergleich*. IW Köln. URL: <https://www.iwkoeln.de/studien/roland-kube-thilo-schaefer-entwicklung-der-stromkosten-im-internationalen-vergleich.html>

LfStat. (2021). *Erstmals seit den 1960er Jahren wieder mehr als 50 Prozent der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in Bayern im Jahr 2019*. URL: <https://www.statistik.bayern.de/presse/mitteilungen/2020/pm330/index.html>

Lüdecke H.-J. (2019). *Kommt wieder Leben in die deutsche Kernenergie?* Europäisches Institut für Klima und Energie. URL: <https://www.eike-klima-energie.eu/2019/10/11/kommt-wieder-leben-in-die-deutsche-kernenergie/>

Menner M., Reichert G. (2019). *CO2-Steuer oder Emissionshandel?* cep. URL: <https://www.cep.eu/euthemen/details/cep/co2-steuer-oder-emissionshandel.html>

NDR (2020). *Für Krisenfall: Jeder Kreis bekommt zwei Notstromaggregate*. URL: <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Fuer-Krisenfall-Jeder-Kreis-bekommt-zwei-Notstromaggregate,notstrom108.html>

Orsted Energiewende (2021). *Der Weg zum Kohleausstieg*. URL: <https://energiewinde.orsted.de/energiepolitik/kohlekraftwerke-karte-ausstieg-datum>

Piaszeck S., Wenzel L., Wolf A. (2013). *Regional Diversity in the Costs of Electricity Outages: Results for German Counties*. Hamburger Weltwirtschafts-Institut. URL: https://www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Publikationen/Research/Paper/Paper_104-/HWWI_Research_Paper_142.pdf

Pittel K., Wackerbauer J. (2019). *Dezentrale Energieversorgung versus Netzausbau*. ifo Institut, BIHK. URL: <https://www.ifo.de/en/publikationen/2019/monograph-authorship/dezentrale-energieversorgung-versus-netzausbau>

Kofner Y. (2022). *Economic policy of Germany's new coalition government: economic and welfare effects*. MIWI Institute. URL: <https://miwi-institut.de/archives/1617>

Schaefer T. (2021). *Sprit wird deutlich teurer*. IW Köln. URL: <https://www.iwkoeln.de/presse/iw-nachrichten/beitrag/thilo-schaefer-sprit-wird-deutlich-teurer.html>

Sinn H.W. (2020). *Möglichkeiten und Grenzen der europäischen Energiewende – Perspektive eines Volkswirtes.* ifo Institut. München. URL: <https://www.hanswerner-sinn.de/en/node/3208>

Statistik der Kohlewirtschaft e.V. (2021). URL: <https://kohlenstatistik.de/downloads/braunkohle/>

StMWi (2015). *Bayerisches Energieprogramm.* URL: https://www.stmwi.bayern.de/fileadmin/user_upload/stmwivt/Publikationen/2015/2015-21-10-Bayerisches_Energieprogramm.pdf

Traber T. et al. (2020). *100% Erneuerbare Energien für alle Energiesektoren: Eine Optimierung für den Landkreis Bad Kissingen.* EWG. URL: http://energywatchgroup.org/wp-content/uploads/EWG_Regionalstudie_Bad-Kissingen.pdf

vbw. (2021). *9. Monitoring der Energiewende.* URL: <https://www.vbw-bayern.de/Redaktion/Frei-zugaengliche-Medien/Abteilungen-GS/Wirtschaftspolitik/2021/Downloads/vbw-Studie-9-Monitoring-der-Energiewende-Januar-2021.pdf>

von Bredow V.H. (2020). *Rechtliche Stellungnahme zur Vereinbarkeit einer Kombikraftwerksvergütung oder -prämie mit dem EU-Recht.* EWG.

Blümm F. (2021). *Vollkosten pro kWh: Welche ist die günstigste Energiequelle? Tech for Future.* URL: <https://www.tech-for-future.de/kosten-kwh/>

Stern (2022). *Bis zu 96 Prozent Preisanstieg: So teuer bleibt Heizen in Deutschland.* URL: <https://www.stern.de/wirtschaft/news/heizkosten-2022--so-teuer-sind-gas-und-oel-geworden-31470544.html#:~:text=%C3%96l%2DHeizung%20mit%20Kostenexplosion&text=%22Trotz%20des%20nur%20leicht%20gestiegenen,%22%2C%20errechnete%20das%20Vergleichsportal>

Destatis (2020). *Durchschnittliche Höhe der Konsumausgaben je Haushalt im Monat in Deutschland nach Verwendungszweck im Jahr 2019.* URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/164774/umfrage/konsumausgaben-private-haushalte/>

Destatis (2018). *Struktur der Konsumausgaben privater Haushalte 2018 in den Gebietsständen.* URL: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Konsumausgaben-Lebenshaltungskosten/Tabellen/liste-gebietsstaende.html>

StMWi (2022). Endenergieverbrauch in Bayern nach Sektoren im Jahr 2020. URL: https://www.energieatlas.bayern.de/thema_energie/daten/endenergie.html

Kurier (2021). Hohe Inflation: Polen senkt Mehrwertsteuer auf Gas und Strom. URL: <https://kurier.at/wirtschaft/hohe-inflation-polen-senkt-mehrwertsteuer-auf-gas-und-strom/401818630>

Pittel K. (2019). Was uns die Energiewende wirklich kosten wird. ifo Institut. URL: <https://www.ifo.de/node/43785>

KBA (2021). Anzahl der Elektroautos in Deutschland von 2011 bis 2021. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/265995/umfrage/anzahl-der-elektroautos-in-deutschland/>

ewi (2021). Klimaneutralität 2045 – Transformation der Verbrauchssektoren und des Energiesystems. Deutsche Energie-Agentur (dena). URL: <https://www.ewi.uni-koeln.de/en/publications/dena-ls2/>

Auf der Maur A., Trachsel T. (2021). Zielpfade für den Klimaschutz im Verkehrssektor. Prognos. URL: <https://www.prognos.com/de/projekt/zielpfade-fuer-den-klimaschutz-im-verkehrssektor>

Brand S. et al. (2021). 5 Bio. EUR klimafreundlich investieren – eine leistbare Herausforderung. KfW Research. URL: <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Fokus-Volkswirtschaft/Fokus-2021/Fokus-Nr.-350-Oktober-2021-Investitionsbedarfe-Klimaneutralitaet.pdf>

Auf der Maur A., Trachsel T. (2021). Zielpfade für den Klimaschutz im Verkehrssektor. Prognos. URL: <https://www.prognos.com/de/projekt/zielpfade-fuer-den-klimaschutz-im-verkehrssektor>

OECD (2021). Share of Exports in Electric Batteries. URL: <https://oec.world/en/profile/hs92/electric-batteries?cumulativeMarketShareSelected=share&growthSelector=value1#market-concentration>

Falck O., Czernich, N., Koenen J. (2021). Auswirkungen der vermehrten Produktion elektrisch betriebener Pkw auf die Beschäftigung in Deutschland. ifo Institut. URL:

<https://www.ifo.de/publikationen/2021/monographie-autorenschaft/auswirkungen-der-vermehrten-produktion-elektrisch>

BIHK und ifo Institut (2019). *Fahrzeugbau – wie verändert sich die Wertschöpfungskette?* München. URL: <https://www.ifo.de/en/publikationen/2019/monograph-authorship/fahrzeugbau-wie-verandert-sich-die-wertschopfungskette>

Fritsch M., Puls T., Schaefer T. (2021). *Synthetische Kraftstoffe: Potenziale für Europa: Klimaschutz- und Wertschöpfungseffekte eines Hochlaufs der Herstellung klimafreundlicher flüssiger Energieträger*. IW Köln. URL: <https://www.iwkoeln.de/studien/manuel-fritsch-thomas-puls-thilo-schaefer-klimaschutz-und-wertschoepfungseffekte-eines-hochlaufs-der-herstellung-klimafreundlicher-fluessiger-energietraeger.html>

DLR (2019). *Studie Tankstelle der Zukunft. Mobilitätstrends 2040*. URL: <https://www.aral.de/content/dam/aral/business-sites/de/global/retail/presse/pressemeldungen/2019/Aral-Studie-Tank-stelle-der-Zukunft-2019.pdf>

Grand View Research (2018). *Internal Combustion Engine Market Size, Share & Trends Analysis Report 2018 – 2025*. URL: <https://www.grandviewresearch.com/industry-analysis/internal-combustion-engine-market>

BMW (2020). *Die Nationale Wasserstoffstrategie*. URL: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/die-nationale-wasserstoffstrategie.html>

Fraunhofer UMSICHT (2021). *Leitprojekt „Verbrennungsmotor für die Mobilität der Zukunft“*. URL: https://www.umsicht-suro.fraunhofer.de/content/dam/umsicht-suro/de/documents/Infomaterial/Gr%C3%BCner%20Verbrenner_DE.pdf

IW Köln (2018). *Synthetische Energieträger – Perspektiven für die deutsche Wirtschaft und den internationalen Handel*. URL: <https://www.iwkoeln.de/studien/gutachten/beitrag/manuel-fritsch-thilo-schaefer-perspektiven-fuer-die-deutsche-wirtschaft-und-den-internationalen-handel.html>

Wendland F.A. (2021). *Zwischenbilanz der steuerlich impliziten CO₂-Bepreisung*. IW Köln. URL: <https://www.iwkoeln.de/studien/iw-kurzberichte/beitrag/finn-arnd-wendland-zwischenbilanz-der-steuerlich-impliziten-co2-bepreisung-507312.html>

**AfD-Fraktion
im Bayerischen Landtag**

Maximilianeum – 81627 München

Tel: 089 – 4126 2960

Fax: 089 – 4126 1960

info@afd-landtag.bayern

Unser Land, unsere Heimat.



Bayern im Herzen!

